



Antragsmappe

1. SIP der LSV Wien

stand 11.11.2021

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|---|-----------|
| 01. | MODERNISIERUNG DES LEHRPLANS | 4 |
| 02. | MOST IST MUSS! | 5 |
| 03. | ZUSÄTZLICHE FÖRDERSTUNDEN FÜR MATURANT*INNEN | 6 |
| 04. | MEDIENKUNDE IM UNTERRICHT: WANN WENN NICHT JETZT! | 7 |
| 05. | RAUS AUS DER VERDROSSENHEIT – STARTEN WIR DISKUSSIONEN | 8 |
| 06. | KLASSENSCHÜLER:INNENHÖCHSTZAHLEN | 9 |
| 07. | SIP OR WHAT? | 10 |
| 08. | ECHTE DEMOKRATIE STATT AHNUNGSLOSER SCHÜLER_INNEN | 11 |
| 09. | DER WEG ZUR EUROPÄISCHEN SCHULE | 12 |
| 10. | MIND YOUR MIND | 14 |
| 11. | WIR HABENS BESSER VERDIENT | 15 |
| 12. | PRÜFUNGSANGST EIN ENDE SETZEN | 16 |
| 13. | ABSCHAFFUNG DER NOST (NEUE OBERSTUFE) | 17 |
| 14. | HALLO, ICH BIN DEIN BUDDY UND STEH DIR ZUR SEITE! | 18 |
| 15. | FAIR PLAY IM ZEUGNIS | 19 |



| | | |
|------------|--|-----------|
| 16. | <u>EIN EIGENES BUDGET FÜR EIGENE IDEEN – SV-BUDGET</u> | 20 |
| 17. | <u>POLITISCHE BILDUNG ALS EIGENES PFLICHTFACH IN ALLEN SCHULFORMEN</u> | 21 |
| 18. | <u>SPEZIALISIERUNG IN DER OBERSTUFE - MACH DIR SCHULE WIE SIE DIR GEFÄLLT</u> | 22 |
| 19. | <u>AUF IN DIE SCHULE DES 21. JAHRHUNDERTS</u> | 23 |
| 20. | <u>MÜNDLICHE MATURA AUCH 2022 FREIWILLIG</u> | 24 |
| 21. | <u>VERPFLICHTENDES LEHRER_INNEN FEEDBACK</u> | 25 |
| 22. | <u>„FÜR EINE FREIWILLIGE MÜNDLICHE MATURA- EINE FAIRNESS FÜR DEN MATURAJAHRGANG 2022“</u> | 26 |
| 23. | <u>BLEIBT WELTOFFEN!</u> | 27 |
| 24. | <u>FÜR EINE SCHÜLER:INNENGERECHTE PANDEMIEPOLITIK</u> | 28 |
| 25. | <u>ERDBEERWOCHE – KEIN PROBLEM!</u> | 29 |
| 26. | <u>DON'T DO DRUGS! – ODER ZUMINDEST MIT VERANTWORTUNG</u> | 30 |
| 27. | <u>SEX? TELL ME MORE!</u> | 31 |
| 28. | <u>WIESO KÖNNEN WIR NICHT EINFACH MEHR GELD DRUCKEN?</u> | 32 |
| 29. | <u>UNBRAUCHBARES WIEDER BRAUCHBAR MACHEN</u> | 33 |
| 30. | <u>WIEDEREINFÜHRUNG DER VORMATURA</u> | 34 |
| 31. | <u>RECHT UND POLITIK AM STUNDENPLAN</u> | 35 |
| 32. | <u>MELDESTELLE FÜR DISKRIMINIERENDE LEHRPERSONEN</u> | 37 |



| | | |
|------------|--|-----------|
| 33. | <u>STATUSBERICHT; PROJEKTAMPEL</u> | 38 |
| 34. | <u>ARBEITEN? – JA, WAS DENN?</u> | 39 |
| 35. | <u>ANALOG ODER DIGITAL - LASST UNS DIE WAHL!</u> | 40 |
| 36. | <u>AUTONOME UND ENTPOLITISIERTE SCHULE - SCHULVERSUCH ÖSTERREICH</u> | 41 |
| 37. | <u>ECHTER KLIMASCHUTZ IN DER SCHULE</u> | 42 |
| 38. | <u>AUFKLÄRUNG ÜBERS SV-SYSTEM</u> | 44 |
| 39. | <u>EINE ECHTE DEMOKRATIE, IN DER DAS WAHLRECHT KEIN PRIVILEG IST</u> | 45 |
| 40. | <u>DIGITALES KLASSENBUCH AN ALLEN WIENER SCHULEN</u> | 46 |
| 41. | <u>BRINGEN WIR LICHT IN DIE DUNKLEN SCHULFINANZEN!</u> | 47 |
| 42. | <u>USE YOUR TIME WISELY</u> | 48 |
| 43. | <u>IT'S OKAY NOT TO BE OKAY!</u> | 49 |
| 44. | <u>WIR SIND KEINE SCHÄFCHEN, SONDERN SELBSTBEWUSSTE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER!</u> | 50 |
| 45. | <u>RELIGIONSBEKENNTNIS AUF DEM ZEUGNIS</u> | 51 |
| 46. | <u>TOILETTEN FÜR ALLE!</u> | 52 |
| 47. | <u>WAHLEN ALLEINE MACHEN NOCH KEINE DEMOKRATIE!</u> | 53 |
| 48. | <u>FAIRE BILDUNGSSCHANCEN FÜR ALLE!</u> | 54 |



01. Modernisierung des Lehrplans

Maxim Habison – GRg 21 Bertha von Suttner

Jede/r kennt vermutlich folgende Situation: Man sitzt im Unterricht lernt die zigste mathematische Formel auswendig und denkt sich, wofür brauch ich das eigentlich? Fakt ist: Die Wenigsten werden diese im Alltags- und Berufsleben brauchen.

Doch dieses Problem gibt es nicht nur in der Mathematik, fast alle Fächer sind von einem veralteten und ineffizienten Lehrplan betroffen. Während große Mengen an unnützem Wissen unterrichtet werden, fehlen einige durchaus relevanten Themen völlig. So werden zum Beispiel die Themen: Mental Health, Sex Ed und Social Media entweder garnicht oder unzureichend im Unterricht erwähnt. Doch auch viel trivialere Themen wie z.B das Machen von Steuern fehlen völlig im Unterricht.

Das ist ein Zustand der nicht haltbar und zu ändern ist. Es braucht Mut für eine neue bildungspolitische Zukunft, in der die Zukunft der Schüler_innen im Mittelpunkt steht und nicht das stumpfe Auswendiglernen.

Forderungen:

- Realitätsnäherer Aufklärungsunterricht und Umgang mit mental Health
- Zeitgemäßer Informatikunterricht durch die Erwähnung von Social Media und I.T Sicherheit
- Angebrachte Vorbereitung auf das spätere Leben durch u.a. Steuern und Wohnungssuche
- Grundlegendes Umdenken im schulischen Betrieb - Fokus auf Zukunft der Schüler_innen, statt auf Leistung
- Eine generelle Überarbeitung und Aktualisierung der Lehrpläne durch ein Gremium aus Bildungsexpert_innen, Schüler_innenvertretungen und Lehrer_innen



02. MOST ist muss!

Alina Sablatnig – Boerhaavegasse 15

Leider bleibt oftmals kaum Raum zur individuellen Entfaltung in der AHS, doch genau das dürfen wir nicht einfach hinnehmen. Es ist schon längst überfällig diese Schwäche auszumerzen und das Bildungssystem einen großen Schritt voranzutreiben.

Mit der Einführung der Modularen Oberstufe, können wir genau das schaffen! An einigen Schulen hat sich das Konzept bereits als Schulversuch bestens bewährt, denn den Schülerinnen und Schülern wird die Möglichkeit geboten, durch selbständiges Lernen und Eigenverantwortung neue Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, die es davor nicht gab.

Wie funktioniert die MOST? Eine bestmögliche Allgemeinbildung wird weiterhin durch Basismodule gewährleistet. Dazu kommen aber personalisierbare Wahlmodule, welche als vertiefende Module dienen, die auf den Basismodulen aufbauen oder ein weiterführendes Angebot darstellen. Durch diese eigene, individualisierte Zusammenstellung der Module ist es noch stärker möglich, Talente und Begabungen in einem vertieften Ausmaß zu fördern. Diese Wahlmöglichkeiten können durch ihre Flexibilität nicht nur klassen-, sondern auch stufenübergreifend fungieren. Durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Schulen wird die Vielfalt und Qualität der Angebote zusätzlich gesteigert.

Nicht nur der Stundenplan bekommt somit ein „make-over“, sondern auch das Sitzenbleiben. Es gibt die Möglichkeit, am Ende des Moduls zu einer Wiederholungsprüfung anzutreten, sollte eine negative Beurteilung drohen. Durch die semestrierte Gliederung ist der Stoff geringer als bei den uns jetzt bekannten Wiederholungsprüfungen und umfasst ausschließlich ein Semester. Man bekommt zusätzlich die Möglichkeit, auch mit negativem Abschluss des Moduls aufzusteigen und dieses parallel im kommenden Semester nachzumachen.

Die modulare Oberstufe erhöht die Motivation der Lernenden enorm, dadurch, dass endlich ermöglicht wird, dass nicht allen derselbe Stoff aufgezwungen wird, sondern endlich dem nachgegangen werden kann, was einen wirklich interessiert.

Forderung:

- Die Einführung der modularen Oberstufe an allen allgemeinbildenden höheren Schulen



03. Zusätzliche Förderstunden für Maturant*innen

Juliane Hotter - AHS Friesgasse

Schon der Maturajahrgang 2020 war aufgrund der Covid19-Pandemie ein besonderer. Die mündliche Matura war freiwillig, die schriftliche Matura musste man in nur drei Fächern ablegen. Die Matura mag für den ein oder anderen machbar gewesen sein, die Bedingungen der Vorbereitung aber schwieriger. In den vergangenen zwei Jahren haben aber auch die diesjährigen Maturantinnen und Maturanten viel einstecken müssen.

Die Reifeprüfung ist ein Meilenstein in der persönlichen Schulgeschichte, vor der jeder und jede großen Respekt hat. Der Respekt davor ist nach mehreren Stunden, Tagen, Wochen, wenn nicht sogar Monaten im Lockdown nicht weniger geworden - ganz im Gegenteil. Maturant*innen fühlen sich nicht ausreichend auf die letzten großen Prüfungen vorbereitet.

Erst durch Förderprogramme können Defizite ausgemerzt, Stärken bekräftigt und unsere Schwächen bekämpft werden. Es ist selbstverständlich, dass es in diesem Zusammenhang unter gar keinen Umständen der Fall sein darf, dass diese Möglichkeiten an die finanziellen Mittel eine*r Schüler*in gebunden sind. Jede*r Maturant*in muss die Möglichkeit haben, sich gezielt und ausreichend auf die Matura vorbereiten zu können, ohne Angst davor haben zu müssen, bei einer Kompensationsprüfung antreten zu müssen.

Forderung:

- Gezielte, zusätzliche Förderstunden, für die man sich freiwillig anmelden kann, für die jeweiligen Maturafächer



04. Medienkunde im Unterricht: Wann wenn nicht jetzt!

Simon Stabauer – Bundesrealgymnasium 19, Krottenbachstraße

Mehr als je zuvor sind wir Schüler:innen einem Übermaß an (Fehl-) Informationen ausgeliefert. Ob durch Social Media, unseriöse Medienhäuser oder einfach nur den Kolleg:innen und Freund:innen im Alltag. In Zeiten wie diesen, in denen Covid-19, politische Krisen sowie unzählige soziale Medien unseren Alltag prägen, ist es umso wichtiger zwischen vertrauenswürdigen und nicht vertrauenswürdigen Quellen unterscheiden zu können.

Auf der Website des Bildungsministeriums steht: „Wir brauchen Medienkompetenz, um fundiert zwischen verschiedenen Medien wählen zu können, um Inhalte und Informationen kritisch bewerten zu können und in vielfältigen Medien zu kommunizieren.“ Dem stimme ich zu, im Lehrplan findet sich dies jedoch gar nicht. Viele von uns beziehen aktuelle Nachrichten, die Updates zum Weltgeschehen, aus sozialen Medien. Außerdem beziehen wir alle hier Infos aus Quellen, die wir im Internet gefunden haben. Wir Schüler:innen verbringen täglich Stunden damit, Informationen aus dem „Netz“ zu konsumieren. Hier liegt es in der Verantwortung der Schulen, uns den sicheren und wissenschaftlichen Umgang mit Medien zu lehren - damit wir die Chance haben, all unser Wissen sorgfältig von vertrauenswürdigen Medienquellen zu beziehen. Aus diesen Gründen sollte der kritische Umgang mit Medien in einem verpflichtenden Kurs für alle Schüler:innen der Sekundarstufe I und II gelehrt werden.

Forderung:

- „Kritischer Medienkonsum und Medienkunde“ als verpflichtender Kurs in allen Schulstufen der Sekundarstufe I & II



05. Raus aus der Verdrossenheit – Starten wir Diskussionen

Katharina Tremesberger - HLW 19

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Flächendeckende Podiumsdiskussionen an Schulen steigern die Wahlbeteiligung und holen so manch einen Schüler oder eine Schülerin aus der politischen Verdrossenheit heraus. Für österreichische Schulen sollte die politische und demokratische Bildung Aufgabenbereich Nummer eins sein, denn so eignen sich Jugendliche politisches Wissen an und werden dazu animiert sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Das Angebot an politischen Debatten, um Schüler_innen aus dem politischen Winterschlaf zu bekommen, muss erhöht oder gar gänzlich an jeder Schule umgesetzt werden. Wir sind fester Überzeugung, dass regelmäßige Debatten zu Tagesaktuellen innerpolitischen Geschehen oder Debatten zum Weltgeschehen die Wahlbeteiligung und auch die Partizipation etwas bewirken zu wollen steigern. Österreichs Schulen sollten ein Ort für jede Form der Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese

Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und einhumanes Teilnehmen ermöglicht werden kann. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte natürlich der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Semester sollte jedoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Jedoch ist anzudenken, dass Podiumsdiskussionen während des Regelunterrichts stattfinden sollten und sich somit Schüler_innen entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Forderung:

- Wir fordern mehr Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen um der politischen Verdrossenheit entgegenzuwirken.



06. Klassenschüler:innenhöchstzahlen

Marvin Kallo - Grg21 Ödenburger Str.

Mit dem Schulautonomiepaket wurden Klassenschüler:innenhöchstzahlen abgeschafft. Seitdem kann jede Schule für sich selbst über die Anzahl der Schüler:innen in ihren Klassenräumen entscheiden. In Wien wird das Autonomiepaket mehr als Sparpaket wahrgenommen. Deswegen kommt es immer wieder in unseren Schulen vor, dass in mehreren Klassen weit über 25 Schüler:innen sitzen. Das führt zu einer Verschlechterung des Unterrichts. Es ist in einem vollen Klassenraum schwieriger, sich zu konzentrieren. Um den Lehrplan durchziehen zu können, muss der Lehrer bzw. die Lehrerin auf Fragen von der Klasse verzichten und ist mehr auf Frontalunterricht angewiesen. Deswegen fordere ich eine Wiedereinführung der Klassenschüler:innenhöchstzahl von maximal 25 Schüler:innen in einer Klasse, in jeder Schulstufe und in jedem Schultyp, die nicht so leicht umgänglich ist. Das wäre ein großer Schritt in Richtung eines qualitativ besseren Unterrichts. Die Lehrkraft kann besser auf den einzelnen Schüler bzw. auf die einzelne Schülerin eingehen.

Forderung:

- Die Einführung einer Klassenschüler:innenhöchstzahl von maximal 25 Schüler:innen in einer Klasse, in jeder Schulstufe und in jedem Schultyp.



07. SIP or WHAT?

Liam Noori - BORG 20 Karajangasse

„Und täglich grüßt das Murmeltier“

Seit über 20 Jahren finden Jahr für Jahr Schüler*innenparlamente in ganz Österreich statt. Dabei ist zu beachten, dass sowohl das bundesweite als auch das Tiroler SIP schon gesetzlich verankert sind.

Jahr für Jahr treffen sich engagierte Schüler*innen, um zusammen die Zukunft unseres Bildungssystems zu debattieren und Demokratie aktiv und versammelt in der direkten Konfrontation miteinander zu leben.

Jahr für Jahr fordert die LSV Wien eine gesetzliche Verankerung des SIPs und Jahr für Jahr fühlen wir uns wie Bill Murray, der den Wecker neben seinem Bett hört und bemerkt, dass alles wieder von vorne anfängt.

Wieso nehmen wir uns vier Mal im Jahr die Zeit, uns für die Lernenden dieses Landes stark zu machen und nach Veränderung zu streben, wenn die Wiener Politiker*innen, ohne die es unmöglich ist unsere Änderungsvorschläge in die Tat umzusetzen, nicht einmal verpflichtet sind, sich unserer Anträge anzunehmen?

Wieso ist Tirol im Vergleich seit zwei Jahren aus der Endlosschleife heraus?

Wieso ist den Politiker*innen die Stimme von 240.000 jungen Menschen komplett egal und wieso stellen wir Jahr für Jahr unseren politischen und demokratischen Willen unter Beweis, wenn wir wieder und wieder gegen ein und dieselbe Wand laufen?

Haben unsere Anträge denn überhaupt eine Chance umgesetzt zu werden?

Fragen über Fragen.

Antworten gibt es keine, nur Jahr für Jahr dieselbe Frustration.

Weil wir mit der aktuellen Situation nicht zufrieden sein können und es Zeit ist, endlich aus dieser Endlosschleife herauszukommen, fordern wir, dass das Wiener SIP vier Mal im Jahr im Wiener Landtag stattfinden muss und die beschlossenen Anträge auch im Bildungsausschuss des Wiener Gemeinderates behandelt werden müssen, damit wir in Zukunft direkten Einfluss darauf haben unser Bildungssystem langfristig zu reformieren.

Forderungen:

- Landesgesetzliche Verankerung des Wiener Schüler*innenparlaments
- Verpflichtende Behandlung der Beschlossenen Anträge im Bildungsausschuss des Wiener Landtags



08. Echte Demokratie statt ahnungsloser Schüler_innen

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus
Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Obwohl es in Wien über 160.000 Oberstufenschüler_innen und mehr als 750 aktive SV-ler_innen gibt, weiß nur ein Bruchteil, wie das SV-System auf Landes- oder gar auf Bundesebene funktioniert. Dies ist ein Problem, da es kaum Schüler_innen gibt, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie eigentlich vertreten werden. Das führt dazu, dass man gar nicht weiß, welche Entscheidungen über uns Schüler_innen durch unsere „Vertretung“ gefällt bzw. beeinflusst werden.

Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie nicht funktionieren kann, wenn dem Großteil der Schüler_innen gar nicht bewusst ist, wie ihre Vertretung funktioniert und wer dafür zuständig ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sollte die Aufklärung über das österreichische SV-System ein Teil des Lehrplans an allen Oberstufenschulen im Unterrichtsfach „Geschichte und politische Bildung“ sein. Die Politik des Hier-und-Jetzt, die unser Leben beeinflusst, ist eindeutig wichtig genug, um ein verpflichtender Teil des Lehrstoffs zu sein.

Forderung:

- Wir fordern, dass Aufklärung über das österreichische Schüler_innenvertretungssystem in den Lehrplan aller Oberstufenschulen vorhanden aufgenommen wird.



09. Der Weg zur europäischen Schule

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es soziökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des



- Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschweligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.



10. Mind your Mind

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Frederik Witjes - BGRG 8 Alibertgasse

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler_innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Doch wo blieb die Politik?

Zahlreiche Untersuchungen, wie etwa die Studie der Donau Universität Krems zeigen, dass die Covid-Pandemie zur maßgeblichen Verschlechterung der psychischen Gesundheit besonders bei der jungen Generation beigetragen hat. So hat sich unter anderem herausgestellt, dass 16 Prozent der Jugendlichen über 14 Jahren regelmäßig Selbstmordgedanken haben, 50 Prozent unter Ängsten und 25 Prozent unter Schlafstörungen leiden. An Therapieplätzen sowie Unterstützungsmöglichkeiten mangelt es maßgeblich. Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog_innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog_innen an Schulen, die den Schüler_innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog_innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler_innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede_n Schüler_in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler_innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Forderungen:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler_innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog_innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren.



11. Wir habens besser verdient

Nino Kölliker - Bundesgymnasium 13 Fichtnergasse

633 Tage begleitet uns das Corona-Virus schon durch den Alltag – mit erheblichen Folgen im Bildungsbereich. Die Auswirkungen von Distance-Learning sind bekannt: Die Bildungsschere geht auf, große Gruppen werden völlig abgehängt, enorme Bildungslücken entstehen und viele weitere Begleitfolgen stehen an der Tagesordnung. Auch die psychischen Folgen sind an dieser Stelle nicht zu unterschätzen. Daher ist klar, dass auch die heurigen Maturajahrgänge nicht wie vor der Pandemie maturieren werden können. Immerhin waren die Abschlussklassen mehr als 150 Schultage im Distance-Learning und hier muss betont werden, dass Distance-Learning niemals Präsenzunterricht ersetzen kann. So gesehen ist die Lage ja völlig abstrus: Den Maturant_innen aus dem Jahr 2020 ist etwas mehr als ein Monat Präsenzunterricht entfallen. Die Abschlussklassen aus dem letzten Jahr verbrachten mehr als 150 Tage im Distance-Learning und maturierten mit massiven Erleichterungen. Uns fehlen ebenso mehr als 150 Tage und maturieren laut dem Bildungsministerium unter „normalen“ Umständen. Genaue Maßnahmen diesbezüglich sind noch immer nicht bekannt. Daher fordere ich folgende Erleichterungen für den Maturajahrgang 2022.

Forderungen:

- Präsenzunterricht für alle Maturant_innen, auch bei weiteren Lockdowns, für den Fall, dass die Matura wie angekündigt stattfindet.
- Künftig dürfen Schularbeiten und Tests nicht ohne Vorbereitungsunterricht in Präsenzphasen durchgeführt werden.
- Verschiebung der VWA/DA-Deadline um drei Wochen
- Antritt freiwillig bei allen Klausuren und Prüfungen der mündlichen Matura
- Maturazeugnis mit alleiniger Berücksichtigung der Jahresnoten der Abschlussklassen (insofern keine Prüfungen freiwillig absolviert wurden)
- Automatisches Aufsteigen mit einem Nicht-Genügend ohne Konferenzbeschluss und Aufstiegsberechtigung mit Konferenzbeschluss bei zwei Nicht-Genügend



12. PRÜFUNGSANGST EIN ENDE SETZEN

Jaber Constantin Alexei Ezra SAJAD-KÖTTL - Vienna Business School
Augarten

Im Verlauf unserer schulischen Ausbildung, werden wir Schüler:innen mit einer Myriade von Leistungsbeurteilungsprüfungen konfrontiert. Die Basis für den weiteren Bildungsweg obliegt dem Ergebnis jener abgelegten Prüfung.

Test anxietatem (lat.) (dt. Prüfungsangst), ist der ängstliche Zustand einer Person vor Prüfungen. Diese Art von Angst wird durch unzählbare soziale, medizinische, psychologische und vor allem intellektuelle Aspekte tangiert. Essenzieller ist es Stoffinhalte auswendig lernen zu können. Diese Art und Weise fördert das einseitige Denken und belastet die Psyche der Schüler:innen.

Viele Schüler:innen, aber auch Studierende, haben mit Prüfungsangst zu kämpfen. Geburtsstunde jener Angst, ist die Schulzeit und kann uns unter anderem unseren gesamten Bildungsweg erschweren und begleiten. Seit diesem Schuljahr befinden wir uns wieder ganz, bzw. noch, im Präsenzunterricht und kommen in den Genuss mehrere Prüfungen in Form von Lernzielkontrollen, mündliche Überprüfungen, Schularbeiten etc. abzulegen. Man sollte dieses Problem nicht verdrängen, wie vieles das wir tun. Wir sollten das Problem an der Wurzel packen. Daher möchte ich, dass Schüler:innen Unterstützung angeboten wird, die in Form von Workshops und persönlicher Begleitung stattfinden.

Forderung:

- Einführung von Workshops gegen Prüfungsangst an allen Schulen Wien in Wien.
- Bereitstellung von externen ausgebildeten Personen, welche Schüler:innen bei der Bekämpfung der Prüfungsangst unterstützen



13. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Katharina Tremesberger - HLW 19

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer_innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler_innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war. der gesamte Aufwand seitens der Lehrer_innen und Schüler_innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderung:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.



14. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite!

Katharina Tremesberger - HLW 19

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler_innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler/Schülerin ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler_innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer_innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter.

Zusammenfassend sollen Buddys:

Eine Anlaufstelle für alle 1. Klässler_innen sein

1. Klässler_innen regelmäßig im ersten Monat betreuen, danach nur noch phasenweise

Forderung:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler_innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.



15. Fair Play im Zeugnis

Luis Madner - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Frederik Witjes - BGRg8 Albertgasse

„Bewegung und Sport“ ist eines der Fächer, in denen den Lehrkräften am meisten Freiraum gelassen wird. Das wirkt sich natürlich auch auf die Benotung aus, die je nach Lehrer_in oft sehr unterschiedlich ausfällt. Aber ist das überhaupt fair, und sind Noten in diesem Fach überhaupt geeignet?

Viele wissenschaftliche Arbeiten zeigen, dass es Sportlehrkräfte, in einem Benotungssystem das stark auf Beobachtung basiert, nicht schaffen über jede_n Schüler_in andauernd Notizen zu machen. Falls eine Lehrperson pro Stunde immer nur eine_n bestimmte_n Schüler_in beobachtet, ist das aber ebenso ungerecht, da diese dann keine laufende Aufzeichnungen erstellt. In der Dissertation der Sportwissenschaftlerin Clarissa Feth erläutern mehrere Lehrer_innen, dass sie es dadurch auch für sehr schwierig halten eine womöglich Leistungsentwicklung festzustellen.

Das wohl häufigste Problem bei Noten ist das Konkurrenzdenken, das unwillkürlich bei den Schüler_innen entsteht. Gerade im Sportunterricht kann dies nicht nur zu Streitigkeiten und Beleidigungen im Unterricht führen, sondern in manchen Fällen auch zu Ausschließung und Mobbing. Bei Schüler_innen, die in den sonstigen Gegenständen schlechte Noten haben, ist es absehbar, dass es wegen der Enttäuschung zur Abminderung der Motivation kommt. Besonders im Sportunterricht ist das fatal, da eines der Ziele im Schulsport sein sollte, die Schüler_innen zur lebenslangen sportlichen Betätigung zu begeistern.

All dies zeigt das eine objektive und gerechte Beurteilung im Fach „Bewegung und Sport“ förmlich unmöglich und auch kontraproduktiv ist!

Forderungen:

- Anstelle der Beurteilung nach Noten von 1-5 sind Teilnahmevermerke (Teilgenommen/Nicht Teilgenommen) in das Jahreszeugnis aufzunehmen
- Abschaffung der Möglichkeit praktische Prüfungen sowie Referate durchzuführen, um die Aspekte Bewegung und sportliche Betätigung im Unterricht hervorzuheben



16. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus
Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Ein Großteil der Wiener Schüler_innenvertretungen hat eine riesige Menge an Ideen und Projekten, die sie gerne umsetzen würden. Diese Projekte erfordern meistens eine gewisse finanzielle Unterstützung, die sie vom Elternverein oder der Direktion oftmals nicht bekommen. Um zu gewährleisten, dass die Schüler_innenvertretung auch unabhängig von finanzieller Unterstützung der anderen Schulinstanzen funktionieren kann, braucht es ein festgelegtes Budget für alle Schüler_innenvertretungen. Das nötige Geld dafür soll durch einen Schüler_innenbeitrag von maximal 4€ im Jahr finanziert werden, welcher dann ausschließlich für Projekte verwendet wird, die den Schüler_innen zugutekommen. Zusätzlich dazu soll das Budget durch Aktionen der SV, wie z.B. Verlosungen aufgestockt werden können. Um das ganze übersichtlich und verantwortungsbewusst zu koordinieren, müsste es ein eigenes Girokonto für die SV geben, das von dieser auch verwaltet wird. Des Weiteren muss die Schüler_innenvertretung einen Rechenschaftsbericht ablegen und die Finanzen auch im SGA vorlegen, die auch noch von dem zukünftigen Schüler_innenvertretungen eingesehen werden können.

Forderung:

- Wir fordern, dass es ein festgelegtes Budget für alle Schüler_innenvertretung gibt, welches frei, für schulische Zwecke, verwendet werden kann.



17. Politische Bildung als eigenes Pflichtfach in allen Schulformen

Sebastian Jansa - GRG21 Ödenburger Straße

Wir leben in einer Welt, welche durch den Einfluss von alten und neuen Medien ständig versucht, unsere Meinung in jeglichen Bereichen des Alltags zu beeinflussen. Ebenso ist unser Umfeld, das uns umgibt, maßgeblich dafür verantwortlich, wie wir Entscheidungen treffen. Dies kann zwar manchmal gut sein, weil wir von den Erfahrungswerten anderer profitieren, jedoch hören die Vorteile auf, sobald es um individuelle politische Entscheidungen geht. Jeder Mensch, der in Österreich wahlberechtigt ist, ist am Ende des Tages verantwortlich für die Auswahl der Personen, die Entscheidungen in diesem Land fällen.

Genau deswegen ist es unfassbar wichtig, dass wir in einer sicheren Umgebung lernen, was Politik ist, was diese bewirken kann und was welche Partei fordert und umsetzen möchte. Bildung ist das höchste Gut, das uns zur Verfügung steht. Bildung schützt vor manipulativen, populistischen politischen Werbungen und lehrt uns, wie wir selbstständig und frei politische Entscheidungen leichter treffen können. Um dieses Wissen zu erlangen, brauchen wir einen einheitlichen Rahmen hierfür. Dieser ist die Schule.

Forderungen:

- Ein eigenständiges Pflichtfach "Politische Bildung"
- In diesem soll das Staats-, Rechts- und demokratische System der Republik Österreich und der Europäischen Union mit dessen gesamten Auswirkungen auf unseren Alltag behandelt werden
- Dieses Fach soll ab der 6. Schulstufe mit mindestens einer Wochenstunde eingeführt werden



18. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir gefällt

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Katharina Tremesberger - HLW 19

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler_innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler_innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler_innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundenplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundenplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler_innen sollen, ähnlich wie in Deutschland, selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler_innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater_innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden



19. Auf in die Schule des 21. Jahrhunderts

Frederik Witjes - BGRG 8 Albertgasse

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Bildung formt die Zukunft unseres Landes, also sollte sie doch auch zumindest den Technischen Standard der Gegenwart haben, oder? An vielen Wiener Schulen ist das leider nicht der Fall. Unterrichtet wird immer noch auf veralteten Kreidetafeln und geschrieben wird in Schulheften und Büchern aus Papier. Wir sind der Meinung, dass Wien Vorreiter für die Österreichische Schule von morgen sein kann. Schon seit dem 17. Jahrhundert werden Kreidetafeln in Schulen verwendet. Während die Art, wie wir Informationen verarbeiten sich seitdem drastisch geändert hat, bleibt die Tafel an vielen Wiener Schulen weiterhin der primäre Weg den Schüler_innen Stoff zu vermitteln. Und das, obwohl es schon zahlreiche Alternativen dafür gibt, wie einzelne Schulversuche zeigen. Jedoch sind das nur Ausnahmen, In vielen anderen Ländern hat man es bereits geschafft die Tafel durch moderne, Digitale Whiteboards zu ersetzen. Wien schafft das auch!

Doch nicht nur die Tafeln sind ein veraltetes Werkzeug. Auch Papier wird unserer Meinung nach noch viel zu viel benutzt, vor allem mit Blick auf die immer näherkommende Klimakatastrophe muss die Papierflut aufhören. Viele Schüler_innen sind ihren Schulen schon voraus und nutzen ohne der gegebenen Infrastruktur ihre eigenen Tablets oder Laptops. Um ein faires und effektives Schulerlebnis bieten zu können sollten jedoch alle Schülerinnen und Schüler ähnliche Geräte benutzen. Laut zahlreichen Studien sind Tablets für den Gebrauch im Unterricht am besten geeignet weshalb Schulen empfohlen werden sollte diese zu etablieren. Diese sollen die Schulbücher und Schulhefte komplett ersetzen. Falls Schüler_innen auf eigenen Wunsch, Bücher und Papier verwenden wollen, können sie das, dies müssen sie allerdings selbst finanzieren. Finanziert werden soll das ganze durch eine einmalige Erhöhung des Bildungsbudget um diese Geräte zu etablieren. Eine Modernisierungs-Datenbank könnte für eine faire Verteilung unter den Schulen sorgen. Der SGA soll mitentscheiden können welche Geräte angeschafft werden.

Doch all diese Geräte bringen nichts ohne der Passenden Infrastruktur. Schulen brauchen flächendeckendes und schnelles WIFI. Außerdem ist eine funktionierende Lernplattform, auf der Schüler_innen mit Lehrkräften kommunizieren, den Stundenplan einsehen und Aufgaben abgeben können von Nöten. Des Weiteren ist wichtig, dass die gesamte Technik einer Schule kompatibel miteinander ist. Das heißt, jedes Tablet muss die Möglichkeit haben, sich mit den Whiteboards zu verbinden und auch die Lernplattform muss auf allen in der Schule verwendeten Geräten abrufbar sein.

Forderungen:

- zusammengefasst fordern wir flächendeckendes W-Lan und eine funktionierende Lernplattform an allen Wiener Schulen.
- Außerdem soll ein technisches Eco-System an Schulen etabliert werden mit dem alle Geräte kompatibel sind.



20. Mündliche Matura auch 2022 freiwillig

Christoph Bartos - Schulen der Dominikanerinnen (pgrg13)

Sowohl bei der Matura 2020, als auch 2021 wurden im Hinblick auf die psychischen und schulischen Auswirkungen der Corona Pandemie bei der schriftlichen Matura Themenblöcke reduziert und die Noten der Abschlussklasse mitberücksichtigt. Weiters wurde es den Schülerinnen und Schülern freigestellt, ob und inwieweit sie zur mündlichen Matura angetreten sind. Da sich die Situation gegenüber dem Vorjahr nicht maßgeblich verändert hat, sollte neben der bereits von Minister Faßmann angekündigten Beibehaltung der Ausnahmeregelungen für die schriftliche Matura 2022 auch die Ausnahmeregelung für die mündliche Matura beibehalten werden und damit der Antritt zur mündlichen Matura freiwillig sein wird. Dieser Schritt sollte zudem möglichst rasch angekündigt werden, da viele Schülerinnen und Schüler auf diese Entscheidung warten.

Forderung:

- Beibehaltung der Ausnahmeregelung für die mündliche Matura 2022 im Hinblick auf die Freiwilligkeit eines Antritts.



21. Verpflichtendes Lehrer_innen Feedback

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Wir Schüler_innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer_innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler_innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler_innen an Lehrer_innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler_innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend. Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler_innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“ beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderung:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler_innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.



22. „Für eine freiwillige mündliche Matura- eine Fairness für den Maturajahrgang 2022“

Clemens Liebmann – Stiftung Theresianische Akademie

Letztes Jahr gab es für die damaligen Maturaklassen nur eine freiwillige Matura. Der jetzige Maturajahrgang hat allerdings noch mehr von der Schule versäumt und musste noch länger im Distance Learning verharren. Diese viele versäumte Präsenz Stunden lassen sich nicht aufholen. Falls eine freiwillige mündliche Matura ausgeschlossen ist, wären andere Ermäßigungen angebracht.

Forderung:

- eine freiwillige mündliche Matura für alle Maturanten im Schuljahr 2021/2022



23. Bleibt weltoffen!

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Wir leben heutzutage in einer derart internationalen und sich-schnell-weiterentwickelnden Zeit, dass es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema Diversity zu beschäftigen. Obwohl Faktoren, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft oder auch Sexualität, die einfach nicht beeinflussbar sind, bereits ausnahmslos akzeptiert werden sollten, gibt es immer noch genügend Fälle von Homophobie, Rassismus, Sexismus oder einfach Mobbing aufgrund jener Faktoren.

Wir sind der Meinung, dass das nicht mehr so weitergehen darf! Jede_r soll so leben dürfen, wie er oder sie will, insofern es andere nicht gefährdet oder diese einschränkt. Leider passieren obengenannte Ungerechtigkeiten viel zu oft, obwohl die Schule eigentlich ein Ort zur Zusammenkunft, Sozialisierung und natürlich zum Lernen sein soll, was dadurch bedauerlicherweise oftmals in den Hintergrund rutscht. Da es vermutlich schwierig wäre, den Schüler_innen zu befehlen, wie sie sich gegenseitig zu behandeln haben, sollte Diversität in Form von außerordentlichen Projekten, wie beispielsweise Workshops oder Veranstaltungen gefördert werden.

Forderung:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstellen von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversity, aber vor allem Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.



24. Für eine Schüler:innengerechte Pandemiepolitik

Mati Randow - BGBRG6 Rahlgasse

Seit nun fast 2 Jahren werden die Interessen von uns Schüler:innen in der Österreichischen Pandemiepolitik mit Füßen getreten. Unsere Anliegen werden gekonnt ignoriert, ständiger Leistungsdruck wird aufrecht gehalten. Kinder- und Jugendpsychiatrien sind weiterhin überlastet. Unser Bildungssystem ist sozial noch ungerechter geworden, als es schon vor der Krise war.

Unsere Situation ist also mehr als kritisch. Und dennoch übernimmt die Politik keine Verantwortung für uns. Monatelang wurde propagiert, man dürfe den Sommer nicht verschlafen und die Fehler des letzten Jahres nicht wiederholen, bloß um dann den Sommer zu verschlafen und die Fehler des letzten Jahres zu wiederholen. Wir stehen am unteren Ende der gesellschaftlichen Nahrungskette und das spüren wir täglich. In der 4. Welle zeigt sich einmal mehr: Wir haben keine Lobby, keine lautstarke Stimme, die sich konsequent für uns einsetzt.

All das wird unserer Generation nicht gerecht. Wir zeigen seit Beginn der Pandemie in einem großen Ausmaß Solidarität mit Älteren. Es ist höchste Zeit, uns diese Solidarität nun zurückzubringen. Es ist höchste Zeit, endlich Verantwortung zu übernehmen für eine Pandemiepolitik, die uns Schüler:innen gerecht wird.

Forderungen:

- Gesundheitlicher und psychischer Schutz von Schüler:innen statt kinderrechtswidriger Durchseuchung
- Bekanntgabe eines coronagerechten Fahrplans für die Matura 2022 noch in diesem Jahr
- Sicherheit für unter 12-jährige Kinder, etwa durch eine Impfpflicht für Kindergarten- und Volksschulpädagog:innen
- Entlastung durch Streichung von Lehr- und Maturastoff
- Lautstarker Einsatz der LSV Wien für eine Schüler:innengerechte Pandemiepolitik



25. Erdbeerwoche – kein Problem!

Annika Ordo - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Katharina Tremesberger - HLW 19

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder -Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht.

Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler_innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderung:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.



26. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Rosemarie Newil – Bernoulligymnasium

Luis Madner - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler_innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es natürlich wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es, unserer Meinung nach, mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegalen Substanzen nicht verteufelt, denn so erreicht man die Schüler_innen meistens am wenigsten.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essentiell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun, wobei Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil bewirken, was sie eigentlich als Ziel haben.

Forderung:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche bestenfalls von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgenommen wird.



27. Sex? Tell me more!

Annika Ordo - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, eine positive Herangehensweise, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen.

Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderung:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler_innen erreichbar zu machen.



28. Wieso können wir nicht einfach mehr Geld drucken?

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Bildung

Frederik Witjes - BGRG Albertgasse 8

Katharina Tremesberger - HLW 19

Luis Madner - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Rosemarie Newil - Bernoulligymnaisum

Wenn ein_e Schüler_in sich nicht gerade einen wirtschaftlichen Schwerpunkt oder eine Schule mit Wirtschaftsschwerpunkt entschieden hat, ist es oft nahezu unmöglich, zu verstehen, wie die Wirtschaft funktioniert und was beim Thema Finanzen zu beachten ist, solange sie sich nicht in ihrer Freizeit aktiv damit beschäftigen. Dies kann zwei schwerwiegende Folgen haben: Einerseits wird man, ohne genügend Grundwissen, oft zu Unrecht behandelt, da jene Akteure, die sich gut mit der Materie auskennen, das System zu ihrem Vorteil auszunutzen. Des Weiteren ist ein gewisses Basiswissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen unumgänglich, wenn man sich in der Demokratie beteiligen will, da diese Sparten oft zu den entscheidenden Punkten bei Wahlen zählen.

Genau deswegen finden wir es so wichtig, dass alle Schüler_innen die Bildung bekommen, die sie brauchen, um sich in der Welt zurechtzufinden. Immer wieder fallen in den Medien oder Werbungen Begriffe, wie beispielsweise Aktien, Kredite, oder der Verbraucherpreisindex, wovon viele junge Leute leider nur sehr wenig verstehen. Es ist von großem Vorteil, wenn man durch Unterrichtsfächer wie Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen kann. Außerdem ist es wichtig, Unternehmen zu verstehen und bereits Kindern beizubringen, wie man mit Geld richtig umgeht.

Forderung:

- Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung altersgerechter wirtschaftlicher und finanzieller Bildung im Lehrplan aller österreichischen Schulen, da ein Grundwissen in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes, finanzielles Leben ist.
- Außerdem fordern wir, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Themen von Morgen, wie beispielsweise digitale Währungen, bereits heute unterrichtet werden.



29. Unbrauchbares wieder brauchbar machen

Laura Schuh - Modeschule Hetzendorf

An Verwendung von Papier, Plastikflaschen und Ähnlichem mangelt es an unseren Schulen nicht. Werden diese Dinge jedoch nach dem Gebrauch umweltfreundlich entsorgt oder recycelt? In Schulen ist Mülltrennung leider oft noch ein Fremdwort und von Recycling gar keine Rede.

Unsere Erde stellt uns natürliche Ressourcen zur Verfügung - diese sind jedoch endlich. Trotzdem verwenden wir sie als hätten wir unendliche Planeten in Reserve. Nicht nur die Ressourcen, sondern auch die Umwelt leidet darunter. Der von uns produzierte Müll landet meist auf Deponien. Dadurch können Schadstoffe in den Boden gelangen und zusätzlich klimaschädliche Gase entstehen.

Wir Schülerinnen und Schüler sollten als großes Beispiel vorangehen und ein Zeichen an die Erwachsenen senden. Wir sind die Zukunft und wollen, dass es auch eine Zukunft für uns geben wird.

Forderungen:

- Verpflichtendes Recycling an allen Schulen mit besonderer Rücksichtnahme auf unterschiedliche Arten von Abfall und deren klare Trennung, wie Plastik, Bio und Papier
- Schaffen von Bewusstsein durch bessere Integration des Umweltschutzes in den Lehrplan in Fächern wie Biologie, Geographie und Deutsch



30. Wiedereinführung der Vormatura

Bernhard Socher - Piaristengymnasium

Sobald wir Schüler*innen den Begriff Matura hören, assoziieren wir ihn sofort mit Stress. In 6 Fächern müssen wir sowohl mündlich als auch schriftlich maturieren - eine Prüfung nach der anderen. Das bedeutet also nicht nur eine Anhebung des Leistungsdrucks, sondern auch der Anspannung. Vor Einführung der Zentralmatura hatten Schüler*innen die Möglichkeit in Fächern, die in der Abschlussklasse laut Stundentafel nicht mehr unterrichtet werden, bereits im Herbst zu Reifeprüfung anzutreten. Sinn dahinter ist, dass Schüler*innen am Ende des Maturajahrgangs der Prüfungsstress nicht zu groß wird und der Druck abnimmt. Das Modell der Vormatura ermöglicht Schüler*innen also die Reifeprüfung (zumindest teilweise) bereits am Anfang des Schuljahres zu absolvieren. Nachdem uns diese Möglichkeit größtenteils genommen wurde, ist es an der Zeit, diese wieder einzuführen, um Maturantinnen und Maturanten den Schulalltag zu erleichtern und Prüfungsstress zu vermindern.

Forderung:

- Die Einführung der Möglichkeit an AHSen in Pflichtfächern, die in der 12. AHS-Schulstufe nicht mehr unterrichtet werden, vorzeitig im Herbst auf Wunsch des Schülers/ der Schülerin zu maturieren



31. Recht und Politik am Stundenplan

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Luis Madner - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

„Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“, ist ein bekanntes Zitat aus einem Brief Senecas an seinen Schüler, welches sich auch auf die heutige Zeit übertragen lässt, bedenkt man den aktuellen bundesweit normierten Lehrplan. Die Schule ist ein Ort des Erlernens sowie der Weiterentwicklung und je nach Schultypus mit differenziertem Schwerpunkt, doch gilt es den Auszubildenden grundlegende Kompetenzen, die unabhängig von ihrer weiteren schulischen Laufbahn essenziell sind, zu vermitteln.

Lehrfächer wie Mathe, Deutsch oder Englisch erscheinen evident wichtig und unentbehrlich, sind dies die ersten Unterrichtsgegenstände die als substantiell konnotiert sind. Blickt man jedoch über den Tellerrand der ersten Assoziationen hinaus und in den Themenpool des außerschulischen Lebens hinein, kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass es an realitätsnahen und lebensbezogenen Lehrgegenständen mangelt. Zwar soll die Schule ein diverses Portfolio inkludieren, dies jedoch so ausgestallten, dass sämtliche Lebensbereiche abgedeckt sind.

Besonders auffallend und resultierend daraus paradox erscheint hierbei das Fehlen rechtlicher sowie politischer Bildung im Rahmen eines eigenen Unterrichtsfachs, angesichts der Signifikanz dieser Kompetenzen in der heutigen Zeit. Kaum ein anderer Aspekt umgibt und bestimmt unser tägliches Lebens derartig wie Politik und Recht, wobei genau jene Lebensbereiche mit gewissen Vorbehalten und Skepsis behaftet sind. Diese gilt es nicht nur zu entkräften, sondern Aufklärungsarbeit zu leisten, um jedem die Partizipation am demokratischen Alltag zu ermöglichen.

Demokratie- und Gesellschaftspolitisch erscheint dieser Mangel dahingehend besonders gewichtig, da er dem Grundgedanken der Liberalisierung und des mündigen Bürgers entgegenwirkt, wenn nicht sogar torpediert. Konkludierend daraus ist die Aufnahme dieses Lehrgegenstandes damit verbunden, umfassend auf politische Fragestellungen allgemeiner und aktueller Natur einzugehen, sowie über die ländergrenzen und im europäischen Sinne agierend, selbiges aufzubereiten. Weiters und damit einhergehend, gilt es die Grundzüge des Rechtssystems auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu beleuchten und Zusammenhänge herzustellen. So soll sichergestellt werden, dass es der Bevölkerung von jungen Jahren auf möglich ist sich in unserem Rechtsstaat zurechtzufinden und einzubringen.

Forderungen:

- Wir fordern, die Trennung des Lehrgegenstandes Geschichte von politischer Bildung, hingehend zu einem eigenen Fach „Recht und Politik“.



- Wir fordern eine spezifische und aktuelle Ausbildung des Lehrkörpers hinsichtlich dieser Erneuerung, um die Qualifikation sicherzustellen.
- Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Informationsmöglichkeiten an Schulen, zu unserem politischen sowie rechtlichem System.



32. Meldestelle für diskriminierende Lehrpersonen

Ilija Pashaeinia und Menat Allah Gazar – BRG 16 Schuhmeierplatz

Jedes Jahr wird von Zara Dokustelle Zahlen und Daten über rassistische Vorfälle in Österreich berichtet. Über die Jahre hinweg ist ein deutlicher Anstieg der rassistischen Vorfällen gibt. 2020 haben sich insgesamt 3039 Menschen bei Zara gemeldet. Im Vergleich dazu, waren es im Vorjahr um 1089 Meldungen weniger. Wir alle sollten Wissen, dass Rassismus keinen Halt vor unseren Schultüren macht und es nicht nur Schüler_Innen sind die rassistisch und diskriminierend sind, sondern auch das Lehrpersonal. Viele Direktor_Innen kümmern sich nicht um solche Vorfälle und viele betroffene Personen ist es zu umständig, sich bei der Bildungsdirektion zu melden. Um dem entgegenzuwirken, braucht es, ähnlich wie bei Zara, eine Meldestelle für uns Schüler_Innen, bei der wir diskriminierendes Verhalten von Lehrpersonen melden und uns beratschlagen können. Zudem braucht es eine Schulung zur Antidiskriminierung für das gesamte Lehrpersonal.

Forderungen:

- Eine bundesweite Meldestelle beim Ministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung für Lehrpersonen, die sich Schüler_innen gegenüber diskriminierend verhalten.
- Eine Antidiskriminierungsschulung für alle Lehrpersonen.



33. Statusbericht; Projektampel

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Die LSV Mitglieder werben während des Wahlkampfs in der Regel immer mit vielen Projekten, wirklich umgesetzt wird dann aber allerdings kaum etwas. Dies soll sich nicht nur ändern, sondern soll im Fall, dass es tatsächlich weiterhin passiert, auch für alle ersichtlich sein. Die Wähler_innen verdienen es nämlich zu wissen, was ihre gewählten Vertreter_innen umgesetzt haben. Unser Vorschlag ist eine Projektampel, sowie sie die Wiener Stadtregierung vor kurzem auch präsentiert hat. Auf der Website der LSV soll eine Liste aller Projekte mit deren momentanen Status ersichtlich sein. Hierbei soll es drei Möglichkeiten geben: 1. noch nicht begonnen 2. in Bearbeitung 3. fertiggestellt.

Am Ende des Jahres soll dann endgültig bekannt gegeben werden, welche Projekte gescheitert sind, welche umgesetzt wurden, und welche noch nicht fertiggestellt sind.

Forderung:

- Wir fordern, dass es in Zukunft eine offizielle Projektampel der LSV Wien gibt. Auf ihrer Website soll der Status jedes einzelnen Projekts ersichtlich sein. Zusätzlich dazu soll am Ende des Jahres eine offizielle Liste mit dem endgültigen Status aller Projekte veröffentlicht werden.



34. Arbeiten? – Ja, was denn?

Annika Ordo - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Wir alle haben das Ziel spätestens am Ende unserer Schullaufbahn ein klares Bild unserer Zukunft vor Augen zu haben. Wir wollen unsere Berufswahl begründen und einen Ausbildungsabbruch natürlich verhindern, sodass wir direkt den richtigen Weg einschlagen können. Derzeit mangelt es jedoch gewaltig an Unterstützung der Schulen. Es benötigt mehr Angebote durch Veranstaltungen, Infoabende, Beratung oder auch Messen um sich mit dem Thema Berufsorientierung vertraut zu machen. Hierbei geht es nicht nur darum einen passenden Job oder ein passendes Studium zu finden. Es geht auch darum, dass uns klar wird, was es für Alternativen gibt zum herkömmlichen Bildungsweg. Wir wollen, dass Schüler_innen keine Angst mehr davor haben Zukunftspläne zu schmieden, sondern, dass sie mit Motivation, Mut und Struktur die Matura abschließen können. Die Frage „Was willst du mal beruflich machen?“ soll nicht mehr gefürchtet, sondern klar beantwortet werden. An vielen Schulen gibt es bereits Bildungsberatung, umso besser, denn hier kann man gut ansetzen. Die Bildungsberatung soll nicht mehr nur zur Verfügung stehen, sondern aktiv auf Schüler_innen zu gehen. Der Fokus soll hier vor allem auf jene Schüler_innen gelegt werden, die sich in der Unterstufe in der vierten Schulstufe und in der Oberstufe im finalen Lehrjahr befinden. Uns ist ebenfalls bewusst, dass berufsbildende höhere Schulen ihren Schwerpunkt auf Berufsorientierung setzen, jedoch ist das nicht genug. Es muss generell mehr auf Schüler_innen eingegangen werden, um sie auf ihrem Weg in die Berufswelt zu unterstützen.

Forderung:

- Wir fordern mehr Angebote an Schulen, um Berufsorientierung zu fördern, durch klassenübergreifende Workshops, Veranstaltungen oder Beratung.



35. Analog oder digital - lasst uns die Wahl!

Miles Schäfer - BRG6 Marchettigasse

Wir Schüler_innen sind alle unterschiedlich und haben daher auch verschiedene Bedürfnisse bei unserer Art zu lernen. Manche Schüler_innen lernen lieber aus einer digitalen Mitschrift andere müssen den Stoff erst handschriftlich aufschreiben um ihn wirklich zu verstehen. Doch wir können nicht selbst entscheiden, ob wir am Laptop oder handschriftlich mitschreiben, denn das geben uns unsere Lehrer_innen vor.

Wenn wir zum Beispiel digital am Laptop mitarbeiten möchten, müssen wir oft mühsame Diskussionen mit unseren Lehrpersonen führen, damit diese dies erlauben. Dadurch werden die Bedürfnisse von uns Schüler_innen übergangen, denn wir sollten selbst entscheiden dürfen, welches Medium wir für die eigene Mitschrift am sinnvollsten finden.

Ein ähnliches Problem ist auch bei Schulbüchern wahrzunehmen, denn auch dort können wir nicht selbst entscheiden, welche Art Schulbuch wir bekommen. Analoge Schulbücher machen unsere Schultaschen schwer und man muss immer daran denken, sie auch einzupacken, wenn man sie brauchen könnte. Digitale Schulbücher würden vielen von uns Schüler_innen den Schulalltag erleichtern, aber auch hier bevorzugen viele die analoge Variante und so finde ich, dass wir die Wahl haben sollten, welche Form von Schulbuch wir gern hätten.

Bei den Schularbeiten stellen viele Schulen jetzt darauf um, diese digital zu schreiben. Dies hat für viele Schüler_innen Vorteile, allerdings gibt es auch hier Schüler_innen, die sich wohler fühlen, wenn sie Schularbeiten analog schreiben und sich dann auch besser konzentrieren können. Daher ist es wichtig, dass wir auch in diesem Bereich selbst entscheiden können.

Forderung:

- Schüler_innen haben das Recht frei zu wählen, welches Medium die Personen für deren Mitschrift benutzen.



36. Autonome und Entpolitierte Schule

- Schulversuch Österreich

Frederik Witjes - BGRG 8 Alibertgasse

Rosemarie Newil - Bernoulligymnasium

Annika Ordo - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Katharina Tremesberger - Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe

19

Schulautonomie ist essenziell für ein funktionierendes Bildungssystem. Daher sollten weder Bund noch Land die bestimmenden Instanzen unseres Bildungssystems sein. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen, wie Finanzierung, Bestellung der Schulleitung, Leistungsvergleichungs-Tests zur Qualitätssicherung oder das Verbot von politischer und religiöser Indoktrination, des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien und -form, sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden.

Was wir heute als Schulversuch kennen, soll in Zukunft für jede Schule gelten. Natürlich wird es für alles Vorlagen geben, an die sich Schulen jedoch keineswegs halten müssen. So sorgt man dafür, dass sich Schule nach den Lernenden richtet und nicht nach dem Bildungsministerium oder Stadtschulrat. Einen gesetzlichen Rahmen muss es natürlich weiterhin geben, doch es soll trotzdem Wege geben, diesen Rahmen für weitreichende Schulkonzepte zu überschreiten.

Mit Schulautonomie kommen Jedoch nicht nur mehr Kompetenzen für die Direktion, sondern auch der SGA sollte mehr Entscheidungsfreiheit bekommen.

Schule kann jedoch nur dann wirklich autonom sein, wenn sie nicht durch politische Parteien beeinflusst wird. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus dem Direktorenzimmer. Direktorenposten dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

Forderungen:

- Wir fordern mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für Schulen, um ihr Bildungsangebot bestmöglich anzupassen.
- Bei jeder, das Schulleben verändernden Entscheidung soll der SGA mit einbezogen werden.
- Die politische Unabhängigkeit der Direktion muss selbstverständlich werden und zu jederzeit gegeben sein.,s



37. Echter Klimaschutz in der Schule

Frederik Witjes - BGRG 8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Jakob Vana - GRG3 Kundmanngasse

Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Schaffen wir es nicht, die Erderwärmung zu bremsen, wird das für uns alle katastrophale Folgen haben. Vor wenigen Monaten erst hat uns der IPCC, der Klimaexpert_innenrat der UN, an die Dringlichkeit dieser Herausforderung erinnert: Es bräuchte unmittelbare und drastische Reduktionen des CO₂-Ausstoßes, um die globale Erwärmung noch auf unter 2°C seit der industriellen Revolution beschränken zu können. Wir müssen also handeln, und zwar bald.

Unsere Verantwortung als Schüler_innenvertreter_innen ist es, Veränderung dort einzufordern, wo es uns am meisten betrifft: Der Schule. Auch im österreichischen Schulsystem besteht nämlich dringender Handlungsbedarf. Wir müssen damit beginnen Ressourcen in der Schule besser und effizienter zu nutzen und den CO₂-Fußabdruck der Schulen zu senken. Echten Klimaschutz gibt es aber nur, wenn man ein echtes Konzept vorlegen kann. Genau das versucht dieser Antrag zu tun.

Eine echte Veränderung wird es nämlich nicht geben, wenn wir auf symbolische Verbote von oben herab setzen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Direktionen und die Schulpartner im SGA dazu motiviert sind, es besser zu machen. Dass sie kreative Wege suchen, die wirklich funktionieren und an ihre Schule angepasst sind. Es braucht also Anreize! Ein Belohnungssystem ist hier die Lösung: Jedes Jahr soll der Fußabdruck aller Schulen erhoben werden. Daraus soll ein Ranking entstehen. Die Schulen, die ihren CO₂-Ausstoß am stärksten senken konnten, bekommen dafür vom Bildungsministerium eine Prämie. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Lösungen und Modelle. Die klimafreundliche Schule ist nämlich eine Schule des mutigen Wettbewerbs und nicht der Verbote.

Es gibt aber natürlich auch Schulen, die sich besonders schwer tun werden. Deshalb wollen wir, dass die 10% der Schulen, mit dem höchsten CO₂-Ausstoß direkt von Expert_innen in Sachen Klimaschutz unterstützt werden. Zusammen mit diesen Profis vom BMBWF Bildungsministerium sollen diese Schulen einen maßgeschneiderten Fahrplan für die Reduktion ihres CO₂-Fußabdrucks entwickeln.

Um das Bildungssystem insgesamt CO₂-neutral zu gestalten, müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden: Neubauten von Schulen sollten höchsten ökologischen Standards entsprechen! Genauso muss es den Schüler_innen ermöglicht werden, möglichst ohne Emissionen zu ihrer Schule zu kommen: Wir Das österreichweite begrüßen hier grundsätzlich das Klimaticket ist eine große Chance für den öffentlichen Verkehr, es braucht fordern aber auch einen weiteren Ausbau der Bahn- und Businfrastruktur, damit möglichst jede_r Schüler_in seine oder ihre die Schule ohne Auto erreichen kann.

Hier gilt es auch, gerade in den Städten, für sichere Fahrradwege zu sorgen.



Um die ökologische Transformation der Schulen zu schaffen, braucht es aber auch eine Ausbildungsoffensive. Hierbei muss einerseits den Direktionen wichtiges Know-How mitgegeben werden, damit sie effizient selbstständig Maßnahmen für klimafreundliche Schulen vor Ort setzen können. Andererseits müssen die Schüler_innen selbst lernen, wie sie eigenverantwortlich klimafreundlicher leben können. Hierbei sollten auch klimafreundliche Projekte von Schüler_innen an ihren Schulen gezielt gefördert werden.

Forderungen:

- Belohnungssystem für die Ökologisierung von Schulen: Jährliche Erhebung des CO₂-Fußabdrucks aller Schulen. Jedes Jahr soll der CO₂-Fußabdruck aller Schulen erhoben werden, und die Schulen mit der größten Verbesserung im Vergleich zu Vorjahr werden vom Bildungsministerium belohnt. Die 10% der Schulen mit den größten Problemen sollen gezielte Experten-Unterstützung bekommen.
- Höchste ökologische Standards beim Neubau von Schulen und Berücksichtigung von vorhandener Bahninfrastruktur, sowie Schaffung guter öffentlicher Anbindung. Wir fordern, dass beim Neubau von Schulen höchste ökologische Standards eingehalten werden. Zugleich muss auch dafür gesorgt werden, dass die Bahninfrastruktur zu Schulen ausgebaut wird.
- Ausbildungsoffensive für Direktionen und Schüler_innenvertretungen zur Senkung von Emissionen und stärkere Behandlung des Klimawandels im Lehrplan.



38. Aufklärung übers SV-System

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus
Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Obwohl es in Wien über 160.000 Oberstufenschüler_innen und mehr als 750 aktive SV-ler_innen gibt, weiß nur ein Bruchteil, wie das SV-System auf Landes- oder gar auf Bundesebene funktioniert. Dies ist ein Problem, da es kaum Schüler_innen gibt, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie eigentlich vertreten werden. Das führt dazu, dass man gar nicht weiß, welche Entscheidungen über uns Schüler_innen durch unsere „Vertretung“ gefällt bzw. beeinflusst werden.

Wir sind der Meinung, dass eine Demokratie nicht funktionieren kann, wenn dem Großteil der Schüler_innen gar nicht bewusst ist, wie ihre Vertretung funktioniert und wer dafür zuständig ist. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sollte die Aufklärung über das österreichische SV-System ein Teil des Lehrplans an allen Oberstufenschulen im Unterrichtsfach „Geschichte und politische Bildung“ sein. Die Politik des Hier-und-Jetzt, die unser Leben beeinflusst, ist eindeutig wichtig genug, um ein verpflichtender Teil des Lehrstoffs zu sein.

Forderung:

- Wir fordern, dass Aufklärung über das österreichische Schüler_innenvertretungssystem in den Lehrplan aller Oberstufenschulen vorhanden ist.



39. Eine echte Demokratie, in der das Wahlrecht kein Privileg ist

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus
Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist. Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption. In Wien gibt es rund 160.000 Oberstufenchüler_innen, welche von insgesamt 48 Personen vertreten werden. Gewählt werden diese jedoch nur von weniger als 0,2% der aller wiener Schüler_innen. Es ist klar zu erkennen, dass Demokratie so nicht funktionieren kann, da so niemals die Interessen vertreten werden können, die den Großteil der Betroffenen wirklich am Herzen liegen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es eine Ausweitung des Wahlrechts auf alle Schüler_innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Forderung:

- Wir fordern eine proportionale Verteilung der LSV-Mandate, welche durch eine Direktwahl ermittelt wird. Hierbei soll jede_r Oberstufenschüler_in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratisches System gewährleisten.



40. Digitales Klassenbuch an allen Wiener Schulen

Christian Ringhofer – HTL Wien WEST

„Wo ist denn schon wieder das Klassenbuch?“ oder „Klassenordner! Holt das Klassenbuch aus dem Lehrer:innenzimmer!“ All diese Sätze begleiten Tag täglich viele Schüler:innen an Wiener Schulen. Aber warum sollten Schüler:innen im 21. Jahrhundert noch für das Klassenbuch zuständig sein, wenn es doch schon digitale einfache Möglichkeiten gibt?

Webuntis, denke ich, kennen viele von euch. Es sollte der Standard an Wiener Schulen sein. Was ist der größte Vorteil? Man wäre nicht mehr auf ein rechteckiges Buch angewiesen. Es kann durchaus passieren, dass ein Server von Webuntis kaputt geht, aber die Chance, dass Daten von Schüler:innen verloren gehen, geht gegen null. Im Gegensatz dazu habe ich fast monatlich erlebt, dass eine Klasse ihr Klassenbuch verliert. Weiters ist das buchförmige Klassenbuch sehr anfällig für Fälschungen und Änderungen. Auch ich habe es oft miterlebt, wie illegalerweise Änderungen im Klassenbuch von Schüler:innen durchgeführt wurden. Warum also noch auf alte Methoden zurückgreifen, wenn man heutzutage digitale und bessere Lösungen hat?

Forderung:

- Verpflichtende Einführung des digitalen Klassenbuchs an allen Wiener Schulen



41. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Ein Machthaber verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler_innen und Lehrer_innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderung:

- Wir fordern, dass es allen Schüler_innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.



42. Use your time wisely

Annika Ordo - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

Katharina Tremesberger - HLW 19

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Marcus Lieder - Hertha Firnberg Schulen für Wirtschaft und Tourismus

In Nebenfächern, in denen keine Schularbeiten abgehalten werden, zählen Lehrkräfte auf Mitarbeitungsleistung, Tests, aber auch auf Präsentationen. Diese müssen immer zuhause vorbereitet werden, sowohl der Inhalt muss recherchiert werden als auch die Abhaltung der Präsentation muss zuhause geprobt werden. Das ist Zeit, die zusätzlich verloren geht, um sich auf wichtige Prüfungen vorzubereiten und führt im Endeffekt durch einen größeren Aufwand zum wirklichen Schulstress. Deswegen fordern wir, dass Präsentationen in Nebenfächern ausschließlich in Unterrichtsstunden vorbereitet werden dürfen. So wird Schülerinnen und Schülern im Unterricht Zeit zur Verfügung gestellt, um Präsentationen zu dem vorhergesehenen Stoff auszuarbeiten. Im Endeffekt sind Präsentationen laut Lehrplan nicht vorgeschrieben, nur der Lehrstoff ist vorgeschrieben. Wie dieser den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird, hat die Lehrkraft selbst zu entscheiden. In vielen Fällen werden Präsentationen als beliebte Methode gesehen, jedoch gibt es viele Alternativen wie Workshops, Teamarbeiten oder interaktive Aufgaben.

Unsere Forderung soll die Anhäufung von Präsentationen im Generellen vermeiden und Lehrkräfte dazu motivieren auch andere Unterrichtsmethoden anzuwenden.

Forderung:

- Wir fordern, dass Präsentationen in Nebenfächern nur in der dafür vorgesehenen Unterrichtszeit vorbereitet werden dürfen und nicht zuhause.



43. It's okay not to be okay!

Laura Apfelthaler - BAfEP 7 Kenyongasse

David Holunder - BAfEP 10 Ettenreichgasse

Stichwort Corona!

Corona ist nach wie vor ein präsenteres Thema in unserem Leben und vor allem auch in der Schule. Viele Studien aus dem letzten Schuljahr bezüglich Distance Learning und Mental Health haben verdeutlicht, wie die Schule auch in Zeiten der Pandemie keine Rücksicht auf Schüler_innen nimmt durch den dadurch aufkommenden Leistungsdruck lag beziehungsweise liegt noch immer eine unfassbare Last auf uns Schüler_innen.

Aufgrunddessen ging es den meisten von uns nicht nur psychisch schlecht, außerdem viele leiden seitdem unter ernsthaft mentalen Problemen. Oftmals wissen betroffene Schüler_innen nicht an wen sie sich wenden sollen und fühlen sich allein gelassen. Schulpsycholog_innen, die einen helfen sollten, gibt es meist zu wenig. Denn in Wien ist ein_e einzige_r Schulpsycholog_in für rund 8.800 Schüler_innen zuständig. Um Schüler_innen zu unterstützen braucht es eine Sensibilisierung des Lehrpersonals durch Schulungen, mehr Schulpsycholog_innen und eine Erweiterung des Supportpersonals.

Forderungen:

- Die Sensibilisierung von Lehrpersonen durch Schulungen im Bereich Mental Health
- Ein größeres Angebot von Schulpsycholog_innen an allen Wiener Schulen
- Das Supportpersonal an Schulen darf nicht nur aus dort unterrichtenden Lehrpersonen beziehungsweise Jugendcoaches bestehen



44. Wir sind keine Schäfchen, sondern selbstbewusste Schülerinnen und Schüler!

Frederik Witjes – GRG8 Alibertgasse

“Alle Vorrechte [...] des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.” So steht es in Artikel 7, Absatz 1 der österreichischen Verfassung. Eine Verfassung, die nicht nur eine der ältesten noch aktiven Europas ist, sondern auch eine, die eine ganze Reihe von wichtigen Prinzipien für unser Zusammenleben festschreibt. Eine Verfassung auf die wir alle stolz sein können - denn sie hat uns bereits über 70 Jahre der Demokratie und der Freiheit geschenkt. Über 70 Jahre der liberalen, toleranten Republik. Es gibt dennoch ein Problem. Heute, fast hundert Jahre nachdem die Religionen offiziell gleichgestellt wurden, wird jeden Tag aufs neue klargestellt, dass eine Religion eben doch gleicher als die anderen ist. Eine Religion darf ihr Symbol in den meisten Klassenräumen dieser schönen Republik sehen. Jede Schülerin und jeder Schüler muss damit vorlieb nehmen, ob er will oder nicht. Ob nun muslimisch, jüdisch, pastafarisch oder einfach ohne Bekenntnis, wir müssen alle diese zwei Stücken verkreuztes Holz ansehen. Selbst wenn es für uns rein gar nichts bedeutet. Es ist ein Symbol der Macht, ein Symbol für einen Staat der nicht wirklich religiös neutral ist, ein Symbol für eine Schule die bevorzugt und nicht gleichstellt. Es ist ein Symbol, das einfach keinen Platz in den Wiener Schulen hat, genauso wenig wie ein Halbmond oder ein lebensgroßer Buddha.

Es sollte aber ein Fach für politische Bildung geben, es sollte ein Fach für Medienbildung geben und ganz genauso sollte es ein Fach für Kirchenbildung, nennen wir es Ethik, nennen wir es wie wir wollen, geben, aber kämpfen wir doch endlich gemeinsam für eine gerechte und freie Schule für Bürgerinnen und Bürger und nicht für Priesterinnen und Priester.

Forderungen:

- Die LSV kämpft für eine religiös neutrale Schule. Das heißt auch, dass etwaige religiöse Symbole aus Klassen entfernt werden müssen. Es gibt keine Staatsreligion und es soll auch dementsprechend im Bildungssystem gehandelt werden.
- Für alle zum Pflichtgegenstand soll der Ethikunterricht werden. Dieser soll Informationen zu allen Konfessionen und Glaubensgemeinschaften weitergeben und eine kritische Auseinandersetzung mit deren Herkunft und Weltbild fördern.



45. Religionsbekenntnis auf dem Zeugnis

Frederik Witjes - BGRG8 Albertgasse

Was hat meine Religion mit meinen schulischen Leistungen gemeinsam ? Nichts. Warum steht trotzdem ein Religionsbekenntnis auf dem Zeugnis? Stellt man Google diese Frage, findet man keine Antwort. Auch persönlich konnte ich keine vernünftige Erklärung erkennen. Seit dem ersten Schuljahr steht bei uns auf allen Zeugnissen ein Religionsbekenntnis. In der Zeugnisformularverordnung steht dazu folgendes (§3, Abschnitt 2, Absatz 24, Punkt 2): „Beim Religionsbekenntnis ist von Amts wegen die Zugehörigkeit zu einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft bzw. die Zugehörigkeit zu einer staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaft zu vermerken.“ Welchen Sinn hat dieser Vermerk? Er gibt weder Auskunft über meine Leistung noch über mein Verhalten in der Schule. Die einzige Verwendungsmöglichkeit ist, Zeugnisse aufgrund des Religionsbekenntnisses unterschiedlich zu behandeln. Wenn ich mich bewerbe, werde ich in 99% aller Fälle ein Schulzeugnis vorweisen müssen. Wer kann von sich selbst behaupten, keine Vorurteile gegenüber anderen Religionen zu haben? Leider kommt es des Öfteren vor, dass Arbeitgeber_innen eine_n Bewerber_in aufgrund der religiösen Zugehörigkeit ablehnen.

Um solchen Praktiken einen Riegel vorzuschieben, sollte es keine Nennung des Religionsbekenntnisses am Zeugnis geben. Dadurch hätte man die Möglichkeit, seine Religion als Privatsache zu behandeln. Auch bei einer Bewerbung wäre dann im Vorhinein nicht mehr ersichtlich, zu welcher Religion sich die bewerbende Person bekennt. In unserer Gesellschaft sollten die Leistung und das Verhalten einer Person ein bewertbares Kriterium sein. Nicht jedoch die Religion und die damit leider vorherrschenden Vorurteile. Deshalb möge das Schüler_innenparlament beschließen:

Forderung:

- Die Landeschüler_innenvertretung Wien setzt sich dafür ein, dass der oben zitierte Paragraf 3, Abschnitt 2, Absatz 24, Punkt 2 der Zeugnisformularverordnung ersatzlos gestrichen wird.



46. Toiletten für alle!

Melanie Krammer - HLW 19 Straßergasse

Wir leben im 21. Jahrhundert und noch immer können nicht alle auf die Toilette gehen, in der sie sich wohlfühlen würden. Viele Personen, die sich outen, identifizieren sich nicht mit einem der binären Geschlechter. Schüler_innen, die sich weder als männlich oder weiblich identifizieren, oder trans Personen, die sich noch nicht geoutet haben, haben bisher nur die Möglichkeit in eine von zwei Toiletten zu gehen, in der sie sich nicht wohlfühlen.

Mit genderneutralen Toiletten, für alle FLINTA-Personen, Personen, die sich als Frauen, Lesben, Inter, Non-Binary, Transident oder Agender identifizieren ist ein grundlegendes Bedürfnis in der Schule gedeckt, denn alle Menschen müssen auf die Toilette, sollten sich aber auch dabei wohlfühlen.

Norwegische Länder sind in diesen Punkten viel weiter fortgeschritten und haben bereits Genderneutrale Toiletten in Schulen und im ganzen öffentlichen Raum eingeführt.

Forderungen:

- Mindestens eine Genderneutrale Toilette pro Stockwerk in jeder Schule in Wien
- In jeder dieser Toiletten mindestens eine Box mit Hygieneartikeln



47. Wahlen alleine machen noch keine Demokratie!

Marina Uhlman - Polgarstraße AHS

29 Schüler_innen. Genauso viele dürfen zurzeit die_den Bundesschulsprecher_in wählen. 29 Personen von insgesamt 1,1 Millionen Schüler_innen wählen zurzeit die höchste überschulische Vertretung. Das sind insgesamt nur 0,003% aller Schüler_innen. Nicht wirklich repräsentativ, oder?

So ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Großteil der Schüler_innen ihre überschulische Vertretung nicht kennt und gar nicht weiß, dass diese überhaupt existiert.

Denn gerade dürfen nur die Schulsprecher_innen die Landesschüler_innenvertretung wählen. Das sind in Wien beispielsweise im AHS Bereich 95 Schüler_innen. Diese 95 Schüler_innen treffen eine Wahl für ALLE AHS Schüler_innen Wiens. Wenn dann auch nur die Landesschulsprecher_innen die Bundesschulsprecherin wählen dürfen, ist es klar, dass diese Vertretung nicht funktionieren kann.

Zur Veranschaulichung: Das wäre so, wie als würde der Bundespräsident, nicht direkt gewählt werden, sondern nur von den Landeshauptleuten.

Daher fordere ich die Einführung der Direktwahl der LSV und BSV. Das bedeutet, dass alle Schüler_innen die LSV&BSV wählen dürfen. So werden aus 95 wahlberechtigten Schüler_innen im AHS Bereich 26000 Schüler_innen.

Die Einführung der Direktwahl bei der alle Schüler_innen ihre überschulische Vertretung wählen dürfen, wäre ein sehr wirksamer Schritt. Ein Schritt in Richtung der Demokratie und einer Vertretung, die alle vertritt.

Forderung:

- Einführung der „Direktwahl“, wodurch alle Schüler_innen wahlberechtigt bei der Wahl der LSV und BSV sind.



48. Faire Bildungschancen für alle!

Julian Köppl - Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt

Felix Hagmair - Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt

Wir leben in einer ableistischen Welt, in der auf Personen mit Beeinträchtigungen nur wenig Rücksicht genommen wird. Das spiegelt sich auch in unserem Bildungssystem wieder. Das betrifft rund 15 bis 19 Prozent unserer Bevölkerung.

Während in Universitäten angepasste Bedingungen angeboten werden, wie das Schreiben der Prüfungen in einem eigenen Raum oder den Ersatz durch mündliche Prüfungen, gibt es weder im Pflichtschulbereich, noch in den Oberstufen Regelungen für Leute mit Lernschwächen und Behinderungen, sichtbare und unsichtbare. Die Handhabung von Lernschwächen und Behinderungen liegt im alleinigen Ermessen der Lehrpersonen. Diese haben zudem keine Verpflichtung, sich z. B. durch Fortbildungen mit der Beeinträchtigung der unterrichteten Personen auseinanderzusetzen. Das führt oft zu langwierigeren Folgen für Schüler*innen, angefangen bei schlechten Noten und verstärktem Leistungsdruck bis zu verringertem Selbstwertgefühl, Selbstanschuldigungen usw.

Ein positiver Maturaerfolg ist auch schwerer zu erreichen, denn hier gibt es keinen Nachteilsausgleich. Das resultiert in einer deutlich geringeren Zahl an Matura- und Universitätsabschlüssen bei Menschen mit Behinderungen. Es darf nicht sein, dass in unserem Bildungssystem Gleichheit über Gleichberechtigung gestellt wird!

Forderung:

- Nachteilsausgleich bei der Matura, Tests und Schularbeiten für Personen mit Lerneinschränkungen, sichtbaren und unsichtbaren Behinderungen durch angepasste Bedingungen und Verhältnisse
- Erarbeitung dieser zu ändernden Bedingungen und Verhältnisse durch ein Team von spezialisierten Psycholog*innen, betroffenen Schüler*innen und Lehrpersonal
- Ausbau der Fortbildungsangebote im Bereich Umgang mit Lernschwächen und Behinderungen

